

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

## Erneute Zuflucht zu Preiskontrollen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Weinert, Günter (1975) : Erneute Zuflucht zu Preiskontrollen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 10, pp. 520-523

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134873>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Erneute Zuflucht zu Preiskontrollen

Günter Weinert, Hamburg

**Angesichts der verfahrenen konjunkturellen Lage – weiter steigende Preise bei gleichzeitig hohen Arbeitslosenziffern – haben viele Länder erneut auf Preiskontrollen zurückgegriffen. Kann durch sie der konjunkturelle Knoten entwirrt werden?**

---

In den letzten Monaten sind verschiedene westeuropäische Regierungen erneut zu direkten Eingriffen in die Preis- und teilweise auch in die Lohnbildung übergegangen. Zunächst verfügte die finnische Regierung Mitte März einen Preisstopp, der wenig später durch eine verstärkte Preisüberwachung abgelöst wurde. Die dänische Regierung „verhängte“ Ende März einen Reallohn- sowie einen Gewinnspannenstopp, um den Preisauftrieb zu dämpfen. Anfang Mai erließ die belgische Regierung einen Preisstopp, der zwei Monate später durch eine etwas flexiblere Regelung abgelöst wurde. Schließlich führte Frankreich Anfang Juni einen zeitlich befristeten Preisstopp für besonders stark verteuerte Waren und Dienstleistungen sowie eine Blockierung der Handelsspannen ein. Jüngst hat auch Norwegen Zuflucht zu einem allgemeinen Preisstopp genommen, der rückwirkend ab September bis zum Jahresende wirksam ist.

Direkte Interventionen in die Preis- und Lohnentwicklung in marktwirtschaftlich orientierten Systemen verdienen nicht deshalb Erwähnung, weil sie etwa neu sind. Gesetzliche Einkommenspolitik hat in den oben genannten Ländern schon geradezu Tradition, und in anderen Ländern wie Schweden, Österreich und selbst in der Schweiz (in Form einer Preisüberwachung) wird sie weiterhin praktiziert. Sie haben sich aber – und deshalb erregt der Rückgriff auf diese Instrumente Aufsehen – nicht bewährt. Ihre Erfolge waren in den vergangenen Jahren zumindest nicht gerade beeindruckend. Im Gegenteil: die höchste Inflationswoge seit Jahrzehnten schwappte 1974 über die westlichen Industrieländer, obwohl alle außer der Bundesrepublik Deutschland den Ergebnissen eines freien Preismechanismus mißtrauten und

direkte Eingriffe in die Preisbildung vornahmen, sogar die USA.

Verschiedentlich werden die Mißerfolge der gesetzlichen Einkommenspolitik in der Vergangenheit gleichwohl bestritten. Ohne die administrativen Interventionen wären die Preissteigerungen in vielen Ländern noch stärker ausgefallen, lautet die Begründung.

Dieses Argument ist schwer zu beweisen, aber auch schwer zu widerlegen. Es wird allerdings durch die Evidenz geschwächt. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die überaus starken Preissteigerungen in den letzten Jahren in erheblichem Maße auf widrige exogene Faktoren zurückzuführen waren. Dabei ist besonders an die Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten sowie an die Explosion der Ölpreise um die Jahreswende 1973/74 zu denken. Importierte Waren aber blieben von staatlichen Eingriffen in die Preisentwicklung grundsätzlich ausgenommen. Doch diese Einflußfaktoren allein vermögen die hohe Inflationsrate in den westlichen Volkswirtschaften nicht zu erklären.

## Versagen in der Vergangenheit

Direkte Eingriffe zur Bekämpfung des Preisauftriebs haben, von den exogenen Faktoren abgesehen, aus verschiedenen Gründen offenbar keine sichtbaren Erfolge erzielt. So mag schon der Apparat zur lückenlosen Durchsetzung der gesetzlichen Einkommenspolitik unzulänglich gewesen sein. Gravierender aber ist wohl, daß die gesetzliche Einkommenspolitik meist nur ein Kurieren an Symptomen darstellte. Ihr wurde bei hohem Auslastungsgrad die stabilisierungspolitische Aufgabe zugewiesen, ohne daß eine hinreichende Unterstützung von seiten der Geld- und Finanzpolitik erfolgte. In der damals herrschenden Hochkonjunktur aber wären direkte Eingriffe in die Preis- und Lohnpolitik lediglich als Flankenschutz für eine konventionelle Stabilisierungspolitik mit Hilfe monetärer und fiskalischer Instrumente sinnvoll gewesen. Im Falle einer solchen an den Wur-

---

*Dr. Günter Weinert, 33, ist Referent der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich vorwiegend mit der Analyse der internationalen Konjunktursituation.*

zeln der Inflation ansetzenden Wirtschaftspolitik hätten die traditionell als nicht marktkonform klassifizierten Instrumente unter Umständen helfen können, das Stabilisierungsziel rascher zu erreichen. Nur dann hätten die direkten Eingriffe dazu beitragen können, die Inflationserwartungen zu brechen. Das Fehlen einer Ursachentherapie aber machte es den Sozialpartnern schwer, zu stabilisierungsgerechten Lohnabschlüssen und Gewinnvorstellungen zurückzukehren. Preissteigerungen konnten daher allenfalls vorübergehend zurückgestaut werden.

Die enttäuschenden Erfahrungen mit der gesetzlichen Einkommenspolitik lassen also nicht schon auf eine generelle Untauglichkeit dieses Mittels in jeder gesamtwirtschaftlichen Situation schließen. Der Test wurde bisher nicht konsequent durchgeführt. Hoffnungen auf ein Vermeiden der in der Vergangenheit unterlaufenen Fehler könnten daher den Rückgriff auf direkte Interventionen in die Preis- und Lohnentwicklung begründen. So mag hier und da die Möglichkeit zur Überwachung von Preis- und Lohnvorschriften vervollkommen worden sein. Vor allem aber kann kaum einem Lande bestritten werden, inzwischen eine ernsthafte Restriktionspolitik zum Zwecke der Preisstabilisierung betrieben zu haben.

#### Veränderte konjunkturelle Lage

Ausschlaggebend für den erneuten Rückgriff auf eine gesetzliche Einkommenspolitik dürfte die gravierend veränderte gesamtwirtschaftliche Lage in den meisten Ländern sein. Die westlichen Volkswirtschaften befinden sich jetzt – im Gegensatz zur damaligen Hochkonjunktur – in einer Rezession, die nicht zuletzt gerade der scharfen Restriktionspolitik zuzuschreiben ist.

Bis zum Sommer des vergangenen Jahres gingen fast alle Regierungen eben deshalb zu einem strengen Bremskurs über, weil der Preisauftrieb überall ein bedrohliches Ausmaß erreicht hatte und sich zudem häufig noch beschleunigte. Vereinzelt, wie namentlich in Italien, gab es jedoch auch starke außenwirtschaftliche Zwänge für eine Dämpfung der Binnennachfrage.

Die westlichen Volkswirtschaften gerieten insbesondere infolge des Zusammenwirkens von Restriktionen und dem drastischen Anstieg der Ölpreise in die schärfste Wirtschaftskrise seit dem letzten Weltkrieg. Zwar hat sich der Preisauftrieb mittlerweile verlangsamt; betrug die laufende durchschnittliche Preissteigerung in den westlichen Industrieländern bis zum Herbst vergangenen Jahres, auf Jahresbasis hochgerechnet, etwa 15%, so belief sie sich im ersten Halbjahr auf etwa 10%. Die Beruhigung trat jedoch erst in den

letzten Monaten des vergangenen Jahres ein, zu einer Zeit, als Produktion und Nachfrage bereits einbrachen und Unterbeschäftigung sich rasch ausbreitete. Ungekannt hohe, steigende Arbeitslosenquoten rückten das Beschäftigungsziel in den Vordergrund.

Dadurch geriet die praktische Wirtschaftspolitik zunehmend in ein Dilemma bislang unbekanntem Ausmaßes. Bisher räumte sie dem am wenigsten realisierten konjunkturpolitischen Ziel – bei einer in den letzten Jahren allerdings zunehmend relativierten Vorstellung über das Ziel der Preisstabilität – Priorität ein. Jetzt sind aber die beiden Ziele, die bisher als antipodisch galten, gleichzeitig stark verfehlt worden. Aus Preisstabilisierung und der Sicherung bzw. Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsgrades, bisher „zwei Paar Schuhe“, muß jetzt ein Paar werden; denn die Verlangsamung des Preisauftriebs machte im Laufe dieses Jahres keine nennenswerten Fortschritte mehr, und der weiter steigenden Arbeitslosigkeit muß insbesondere aus gesellschaftlichen Gründen Einhalt geboten werden.

Mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel um die Jahreswende versuchten die nationalen geld- und finanzpolitischen Instanzen, die Volkswirtschaften aus der Rezession zu führen. Der Versuch, aus der Stabilisierungskrise herauszukommen, barg jedoch die Gefahr, daß eine weitergehende Verlangsamung des Preisauftriebs auf der Strecke bliebe. Die Volkswirtschaften würden von einem ungewöhnlich hohen Inflationssockel in einen neuen Aufschwung starten, so daß die wirtschaftspolitischen Instanzen schon bald wieder zu Bremsmaßnahmen veranlaßt sein könnten. Die Gefahr eines „stop and go“ konnte nicht mehr als ein Spuk übersehen werden.

In diesem Dilemma waren erneute direkte Eingriffe in die Preisgestaltung wenig überraschend. Ist damit bereits der Keim zu alten Fehlentwicklungen gelegt? Verschiedentlich wird in ihnen ganz im Gegenteil ein Instrument gesehen, mit dem der konjunkturelle Knoten entwirrt werden könnte.

#### List der Idee

In der Tat gibt es auf den ersten Blick „gute“ Argumente dafür, daß öffentliche Interventionen in die Preisgestaltung beiden konjunkturpolitischen Zielen zugleich „gerecht“ werden. Direkte Eingriffe könnten nämlich erstens verhindern, daß die Maßnahmen zur Belegung der Konjunktur sofort weitgehend zu Preissteigerungen „mißbraucht“ werden. Nur dann tritt die expansionspolitisch beabsichtigte Erholung von realer Nachfrage und Produktion ein. Diese Erwartung leuchtet unmittelbar ein: Bei einer Zunahme der Ausgaben für den

Erwerb von Gütern in einer bestimmten Höhe ist der reale Effekt um so größer, je niedriger die Teuerungsrate ist.

Die Überleitung in eine Mengenkonzunktur aber bietet zweitens die Chance, daß die Preissteigerungen nicht nach einem Auslaufen der Kontrollen nachgeholt werden. Diese Hoffnung gründet sich auf folgende Überlegung. Der weiterhin trotz der ungünstigen Absatzlage ungewöhnlich kräftige Anstieg der Preise erklärte sich teilweise aus dem Weiterwälzen anhaltender Kostenerhöhungen. Der Kostendruck resultierte zuletzt in erheblichem Maße aus der Zunahme der Fixkosten je Produkteinheit, die mit dem anhaltenden Rückgang der ohnehin ungekannt niedrigen Kapazitätsauslastung verbunden war. Darüber hinaus sind die Lohnstückkosten selbst dort, wo der Lohnauftrieb sich stark verlangsamte, weiter gestiegen, weil sich zugleich die Produktivität verringerte. Wenn jetzt mit Hilfe von Preiskontrollen eine Mengenkonzunktur eingeleitet wird, ließe der Druck aus den beiden Hauptquellen der gegenwärtigen Kostensteigerungen nach. Die Fixkosten je Produkteinheit würden angesichts einer steigenden Kapazitätsauslastung gesenkt, und die „Realisierung“ der angesammelten Produktivitätsreserven mindere auch den Lohnkostendruck.

#### Tücken der Idee

Sowohl die erste als auch die zweite an direkte Eingriffe geknüpfte Hoffnung würde sich jedoch nur erfüllen, wenn zugleich eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist. Dies gilt speziell für die „Kernerwartung“, daß mit Hilfe von Preiskontrollen eine „Fehlzündung“ verhindert werden kann.

Sofern die Ankurbelung über zusätzliche Staatsausgaben erfolgt, ist diesen Hoffnungen noch am ehesten eine Realisierungschance zuzusprechen. Die Planung zusätzlicher öffentlicher Ausgaben erfolgt nämlich in Geldgrößen. In welchem Umfang durch diese Programme eine Zunahme der realen Nachfrage erreicht wird, hängt teilweise von der Preisentwicklung ab.

Konjunkturpolitisch motivierte Erweiterungen der Staatsausgaben verfolgen jedoch in besonderem Maße den Zweck, zusätzliche Nachfrage in den übrigen Verwendungsbereichen zu induzieren. Ob expansive monetäre und fiskalische Maßnahmen im Zusammenhang mit Preiskontrollen einen die Produktion unmittelbar stimulierenden Effekt auch über die private Nachfrage bewirken, ist allerdings recht zweifelhaft. Eine Zunahme des realen Verbrauchs etwa ergäbe sich – bei konstanter Sparneigung – nur dann, wenn die privaten Haushalte überwiegend eine bestimmte zusätzliche Ausga-

benhöhe für eine Periode veranschlagen und, unabhängig von einer überraschenden, etwa mit Hilfe von Preiskontrollen bewirkten Verlangsamung des Preisauftriebs, auch realisieren. Planen die privaten Haushalte hingegen, was wohl häufig der Fall ist, den Erwerb eines bestimmten Güterkorbes in einer Periode, so stellt sich die Ausgabenhöhe als unabhängige Variable dar – von der Preisstabilisierung gingen unmittelbar keine konjunkturellen Belegungswirkungen aus.

Expansive Effekte über den privaten Konsum könnten die Preiskontrollen in diesem Fall allein dadurch erzielen, daß die privaten Haushalte nicht auf nachhaltige Preisstabilisierungseffekte der direkten Eingriffe vertrauen, sondern vielmehr erwarten, daß Preiserhöhungen nach einer Lockerung oder Aufhebung der Kontrollen nachgeholt werden. Die Verbraucher könnten deshalb Ausgaben vorziehen. Hierdurch könnten Anstöße auch in anderen Nachfragebereichen ausgelöst werden.

Doch auch dieser Wirkungsablauf ist nicht zwingend. Trotz der Erwartung steigender Preise können die Konsumenten die reale Nachfrage einschränken bzw. unverändert lassen, wie gegenwärtig in einer Reihe von Ländern mit anhaltenden Preissteigerungen zu beobachten ist. Die tendenziell expansiven Effekte, die von einem möglicherweise auch jetzt noch durchgeführten Vorziehen von Käufen ausgehen, werden seit etwa einem Jahr durch die kontraktiven Wirkungen anderer Faktoren überlagert. Die privaten Haushalte stellen wegen der Unsicherheit der Arbeitsplätze und damit des Einkommens (in der gewohnten Höhe) Käufe zurück. Das Vorsichtsmotiv, das seit etwa einem Jahr erheblich an Bedeutung gewann, führte in den meisten Ländern zu einer kräftigen Steigerung der Sparneigung. Positive Nachfragewirkungen, die von der Erwartung steigender Preise ausgehen, werden so von den negativen Effekten der Befürchtung sinkender Einkommen überkompensiert. Der negative Saldo dieser beiden Einflüsse dürfte gerade in der für den erwünschten Umschwung besonders kritischen konjunkturellen Phase um so größer sein, je nachhaltiger die Preisstabilisierung ist, die die privaten Haushalte von den Kontrollen erwarten.

Dieser kontraktive Effekt kann durch das Verhalten der Unternehmen noch intensiviert werden. Je stärker die Preisstabilisierung nämlich „gegen den Willen“ der Unternehmen, weil gegen die Möglichkeiten des Marktes und/oder trotz eines anhaltenden Kostendrucks administrativ erzwungen wird, und je mehr die Unternehmen befürchten, daß ihnen nicht nur vorübergehend die Preisgestaltung beschnitten wird – administrative Eingriffe sind schließlich häufig erheblich zählebiger als von sei-

ten ihrer Schöpfer geplant —, um so weniger wird nämlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufschwung in der gegenwärtigen Phase erfüllt: Die Verbesserung der Gewinnlage als Motor für eine nachhaltige Zunahme der Investitionsneigung. Diese Gefahr ist besonders dann hoch zu veranschlagen, wenn auf korrespondierende Eingriffe in die Entwicklung der wichtigsten Kostengröße, der Löhne, verzichtet wird. Es wirkt nicht ganz schlüssig, sich — im Gegensatz zum Gütermarkt — auf diesem in erheblichem Maße „vermachteten“ Faktormarkt auf eine hinreichende Wirksamkeit des Preismechanismus zu verlassen, wie es heute vielfach geschieht.

#### Vielfältige Unwägbarkeiten

Insgesamt lassen die vielfältigen Unwägbarkeiten, die mit einer gesetzlichen Einkommenpolitik verbunden sind, direkte Eingriffe auch in der gegenwärtigen Phase in fast allen Ländern als wenig hilfreich erscheinen. Dies gilt um so mehr, als eine Nachholung von Preissteigerungen um so wahrscheinlicher wird, je länger der Aufschwung nach der Einführung von Preiskontrollen auf sich

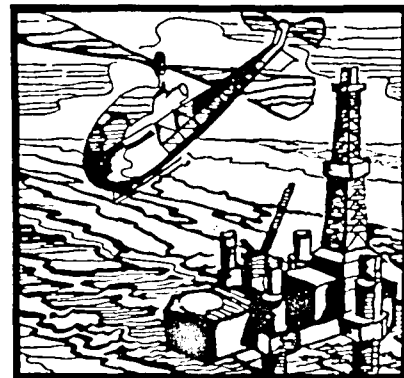
warten läßt. Entsprechend lange bleiben nämlich auch die tendenziell preisstabilisierenden Einflüsse der Produktivitätssteigerungen aus, wie sie besonders für die Frühphase des Aufschwungs charakteristisch sind. Die Unternehmen werden daher um so eher im Falle einer Verzögerung des Konjunkturaufschwungs eine Verschlechterung der Ertragslage mit Hilfe von Preisanhebungen zu vermeiden suchen, sobald die Preiskontrollen abgebaut werden.

Aus dieser Einsicht könnten die wirtschaftlichen Instanzen die Notwendigkeit ableiten, den Eingriff in die Preisbildung immer wieder zu prolongieren. Damit aber würden sie sich zunehmend die generell problematischen Wirkungen einhandeln, die von einer längeren administrativen Behinderung des Preismechanismus ausgehen. Hierbei ist insbesondere an eine zunehmende Fehlallokation von Ressourcen zu denken; von einem zunehmenden Unterlaufen der Kontrollen durch die Herausbildung von „schwarzen“ Märkten einerseits und der „Aufweichung“ der Qualität durch die Produzenten bis hin zu Anbieterstreiks andererseits einmal ganz abgesehen.

# Öl und Gas - wir denken an morgen.

Daß Öl und Gas zu den wichtigsten Grundlagen unserer Zivilisation gehören, ist eine Tatsache. Nichterst seit der Ölkrise wissen wir, daß die Verfügbarkeit über Energie nichts Selbstverständliches ist. Mobil tut sehr viel, um die Versorgung unseres Landes aus eigenen Vorkommen zu verbessern. Seit 40 Jahren suchen und finden wir in der Bundesrepublik Deutschland Öl und Gas. Und wir glauben, daß diese Suche auch in Zukunft erfolgreich sein wird, und daß sich die Ausbeute in den

bereits gefundenen Feldern verbessern läßt: Von den vorhandenen Ölmengen unserer Felder in Deutschland lassen sich zunächst nur etwa 25% fördern. Diese Quote durch chemische und physikalische Verfahren zu steigern, hat Mobil sich zur Aufgabe gemacht. Es ist eines unserer wichtigsten Forschungsprogramme auf dem Gebiet der Suche und Förderung von Energierohstoffen. Damit wir auch morgen genügend Energie haben.



## Mobil